STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2089/2020

9. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Sachantrag Nr.175/2014-2020 Antrag auf eine Baumschutzverordnung zum Schutz und Erhalt des Baumbestandes			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:		Erstelldatum	19.02.2020	
Verfasser	Zifreund, Kathrin Schott, Carina	Zuständiges Amt	Amt 4 Amt 3	
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung	Abzeichnung OB:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Vorberatung	14.10.2020	Ö
2	Planungs- und Bauausschuss	Vorberatung	14.10.2020	Ö
3	Stadtrat	Entscheidung	27.10.2020	Ö

Anlagen:	1. Sachantrag Nr.175/2014-2020 2. Satzungsentwurf Baumschutzverordnung 3. Begründung Baumschutzverordnung
----------	---

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Dem Sachantrag Nr. 175/2014-2020 (Anlage 1) wird entsprochen. Die in der Anlage 2 und 3 beigefügte Satzung inkl. Begründung wird befürwortet. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zum Erlass einer Baumschutzverordnung nach Art. 52 BayNatSchG zu beginnen. Nach ca. 2 Jahren soll die Satzung auf deren Funktionalität hin überprüft werden.

2. Parallel hierzu wird eine einstweilige Sicherstellung per Rechtsverordnung nach Art 54 Abs. 2 BayNatSchG für den Geltungsbereich der geplanten Baumschutzverordnung beschlossen. Herr Oberbürgermeister Raff wird ermächtigt, die hierfür erforderlichen Rechtshandlungen vorzunehmen.
3. Es werden Gelder für einen Sanierungszuschuss in Höhe von 25.000,- Euro bereitgestellt. Nach ca. 2 Jahren soll der Sanierungszuschuss auf dessen Funktionalität und Nutzen hin überprüft werden.

Referent/in	Zierl, Dr. / ÖDP	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in	Götz / BBV	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in		Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in		Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat		Ja/Nein/Kenntnis	
Klimarelevanz		hoch	
Umweltauswirkungen		hoch	
Finanzielle Auswirkungen		Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Nein	€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag			€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€
Folgekosten			€

Sachvortrag:

Sachantrag Nr. 175/2014-2020 (Anlage 1)

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragte mit Schreiben vom 30.07.2019 den Erlass einer Baumschutzverordnung zum Schutz und Erhalt des Baumbestandes.

Begründet wurde dies wie folgt:

„Es ist erwiesen, dass Bäume zur Reduzierung von Kohlendioxid (CO₂) beitragen, indem sie das klimaschädliche Treibhausgas in Sauerstoff umwandeln. Für das sogenannte ‚Kleinklima‘ in den Städten spielen Bäume eine wichtige Rolle. Bäume bieten Lebensräume für Vögel, Insekten und andere Organismen. Sie wirken als Wärmeregulatoren, Schattenspenden und Luftbefeuchter. Sie resorbieren Lärm und absorbieren Luftschadstoffe. Bäume tragen darüber hinaus zur Gestaltung des Ortsbildes, zur Durchgrünung der Wohngebiete und zur Einbindung besiedelter Bereiche bei. Mit einer Brucker Baumschutzverordnung, möchten wir der Entwicklung Rechnung tragen und Leistung der Bäume bzgl. der CO₂-Reduktion in den Vordergrund stellen. Der Baumbestand in den Städten sollte deshalb erhalten und wenn möglich erweitert werden, um den Klimawandel effizient zu bekämpfen. Eine Baumschutzverordnung soll vor allem das Bewusstsein über den Wert von Bäumen für unser gesamtes Leben stärken und willkürliche und unbegründete Baumfällaktionen in der Stadt verhindern.“

Rechtsgrundlage

„Der Bestand an Bäumen und Sträuchern innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile kann durch Verordnung nach §. 20 Abs. 2 Nr. 7 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i. V. m. § 29 BNatSchG i. V. m. Art. 12 Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG) ganz oder teilweise geschützt werden, wenn dies z. B. zur Belebung des Orts- bzw. Landschaftsbildes beiträgt oder im Interesse des Naturhaushalts - insbesondere zum Erhalt der Tier- und Pflanzenwelt oder zur Entwicklung von Biotopverbundsystemen - erforderlich ist. In der Verordnung können die Grundeigentümer oder sonstigen Berechtigten zu Ersatzpflanzungen oder zweckgebundenen Ausgleichszahlungen an die Gemeinde für den Fall der Bestandsminderung verpflichtet werden. Eine solche Verordnung (zum Beispiel "Baumschutzverordnung") kann auch die Gemeinde erlassen (Art. 51 BayNatSchG)“

Entwurf

Wichtig erschien aus landschaftsplanerischer Sicht, Regelungen zu treffen die möglichst viele Bäume einschließen. Daher wurden alle Bäume mit einem Stammumfang von 60cm gemessen in 100cm Höhe über dem Erdboden unter Schutz gestellt. Besonders langsam wachsende Arten wie Eichen oder Buchen sogar bei einem Stammumfang von 50cm.

Mehrstämmige Bäume sind bei einem Gesamtumfang von 100cm oder Einzelumfängen von 30cm in 60cm Höhe über dem Erdboden geschützt.

Im Hinblick auf Ersatzpflanzungen die nach dieser Verordnung gefordert werden, werden diese ebenfalls unter Schutz gestellt wenn sie das vorgegebene Maß nicht erreichen. Dies soll einen besonderen Schutz der Bäume gewährleisten.

Nicht unter Schutz gestellt werden Hecken die als lebende Einfriedungen dienen, sowie einen regelmäßigen Formschnitt benötigen. Selbiges gilt für Obstgehölze. mit Ausnahme folgender Arten: Walnuss (*Juglans nigra*), Holzbirne (*Pyrus pyraeaster*), Holzapfel (*Malus sylvestris*), Vogelkirsche (*Prunus avium* „Plena“), Holunder (*Sambucus nigra*) und Hasel (*Corylus avellana*).

Weitere, detailliertere Regelungen sollen nicht getroffen werden.

Für das gesamte Stadtgebiet sollen die gleichen Regelungen gelten – soweit es sich um im Zusammenhang bebaute Ortsteile und den Geltungsbereich von Bebauungsplänen handelt. Verschiedene Umgriffe waren deshalb nicht notwendig

Verfahren

Das Verfahren für den Erlass einer Baumschutzverordnung ähnelt dem eines Bebauungsplans. Es müssen daher die Öffentlichkeit und die Träger öffentlicher Belange beteiligt werden (Art. 52 BayNatSchG), bevor die Baumschutzverordnung erlassen wird. Sofern das Gremium dem Beschlussvorschlag zustimmt, wird das offizielle Verfahren durch die Verwaltung eingeleitet. Nach Abschluss des Verfahrens entscheidet der Stadtrat abschließend über den Erlass der Baumschutzverordnung.

Bei der Vorbesprechung zur damaligen Sitzung im März wurde die Frage gestellt, ob auch der Erlass einer Veränderungssperre möglich wäre. Nach Rücksprache mit dem Landratsamt ist dies generell möglich. Es würde sich dann hierbei um eine einstweilige Sicherstellung handeln, die durch eine Rechtsverordnung erfolgen müsste. Voraussetzung für eine einstweilige Sicherstellung ist, dass zu befürchten ist, dass bis zum Erlass der Baumschutzverordnung negative Veränderungen den beabsichtigten Schutzzweck gefährden können. Die einstweilige Sicherstellung würde also die Zeit, die für das Verfahren benötigt wird, überbrücken – stellt aber auch einen zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Verwaltung dar. Im Ergebnis würde die Verwaltung aber eine einstweilige Sicherstellung empfehlen.

Sonstiges: Einen Zuschuss bei erheblichen Übersteigerung der Aufwendungen für die Erhaltung und Sicherung eines geschützten Gehölzes zu gewähren dessen Erhalt im öffentlichen Interesse liegt, sieht die Verwaltung als sinnvollen Schritt in eine positive Richtung.

Ergebnis:

Zusammenfassend wird die Satzung als positiv und wichtig angesehen, da sie sich auf wenige grundlegende Regelungen beschränkt, die für alle Bürger gleichermaßen gelten. Auf eine Unterscheidung, z.B. in verschiedene Stadtbereiche, wurde daher bewusst verzichtet.

Abschließend kommt das Stadtbauamt zu dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.